FH-SF-01-153-2

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: KV Berlin-Neukölln

Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 153 bis 164:

Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

Wir wollen das Leben in Deutschland für alle Menschen sicherer machen. Dafür braucht es grundlegende Reformen und den Willen aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat in den letzten Jahren mehrfach bewiesen, dass es nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems in der Sicherheitsarchitektur in Deutschland ist. Es braucht einen strukturellen Neustart beim Verfassungsschutz. Wir wollen die Aufgaben trennen. Ein neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr soll mit nachrichtendienstlichen Mitteln, klar abgegrenzt von der Polizei, Terror und Spionage aufdecken. Es soll dabei helfen, dass sich alle in diesem Land, vom Punk bis zum Banker, vom Sachsen bis zum Syrer, sicher fühlen. Dazu braucht es starke parlamentarische Kontrolle und den Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten. Gleichzeitig soll ein unabhängiges Institut demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden unter der ausschließlichen Nutzung von öffentlichen Quellen beobachten, sodass die Zivilgesellschaft in der Lage ist darauf zu reagieren.

Begründung

Das bisherige Schlüsselprojekt ist eine Potpourri aus unterschiedlichen großen, strukturellen und kleinen Reformen. Als Schlüsselprojekt ist es daher in dieser Form unbrauchbar. Das Konzept der Schlüsselprojekte ist gut, wird aber unscharf, wenn sich die Forderungen aus einem ganzen Kapitel in einem Schlüsselprojekt wiederfinden. Daher die Zuspitzung auf die Verfassungsschutzreform. Hier besteht dringender struktureller Handlungsbedarf um die Bundesrepublik sicherer zu machen. Wir haben das Selbstbewusstsein und werben mit unseren eigenen, unterscheidbaren Konzepten

mit klarer Kante für mehr Sicherheit. Die Verfassungsschutzreform ist ein grünes Alleinstellungsmerkmal.